Bürgerinitiative Fauststrasse90, www.fauststrasse90.de,
co: Horst Münzinger, Hoferichterweg 13 a, 81827 München,
Tel.: 089 439 12 66 und 0176 44 64 64 98

München-Trudering, 09.01.2020

Befragung in der Grenzkolonie und Schwedensteinsiedlung schafft endlich Klarheit

Landschaftsschutz wichtiger als der Bus vor der Haustür

Die Bewohner des Ostteils der Truderinger Grenzkolonie und der Schwedensteinsiedlung einschließlich Schrammingerweg wollen keinen Eingriff in das Landschaftsschutzgebiet Truderinger Wald. Sie lehnen deshalb den Bau einer Buswendeanlage mit mehr Busverkehr, zusätzlichen Bus-Haltestellen und weiteren Halteverbotszonen sowie erheblich längere Fahrtzeiten zum Truderinger Bahnhof ab. Damit widersprechen die Bewohner den Anträgen der Truderinger CSU-Fraktion und des Bezirksausschusses Trudering-Riem aus dem Jahr 2017 zur Busanbindung der Schwedenstein-Siedlung. Erschlossen werden soll damit auch die geplante Satellitensiedlung des neuen Grundeigentümers und Immobilieninvestors Optima Ägidius im Landschafts- und Wasserschutzgebiet an der Fauststraße 90. Entgegen den Warnungen von Experten befürwortet die Mehrheit der Stadträte und der Truderinger Bezirksausschuss das höchst umstrittene Bauvorhaben mit mehrstöckigen Gebäuden für 80 Wohnungen und 116 Tiefgaragen für 180 neue Bewohner am Bannwald auf ökologisch wertvoller Grünfläche. Noch in der Bürgerversammlung 2019 beantragte Ex-Stadtrat und Bezirksausschussmitglied Dr. Georg Kronawitter (CSU), dass generell alle 300 Meter eine Haltestelle gebaut wird und Linienbusse alle 10 Minuten fahren anstelle bisher alle 20 Minuten. Fragen an Dr. Kronawitter und an den Bezirksausschuss über die Konsequenzen eines Ausbaus des Busverkehrs sowie über die Berücksichtigung der ablehnenden Beschlüsse der Bürgerversammlungen zum Bauvorhaben an der Fauststraße 90 blieben allerdings auch auf Nachfrage der Bürgerinitiative Fauststraße 90 „Hände weg vom Landschaftsschutzgebiet“ unbeantwortet.

Bürger informieren und fragen Bürger

Die Bürgerinitiative informierte deshalb die betroffenen Anwohner über die kaum bekannten Anträge und über die Stellungnahmen der Münchner Verkehrs-Gesellschaft mbH (MVG) und der Referate für Arbeit und Wirtschaft sowie für Stadtplanung und Bauordnung zu den Bus-Ausbauplänen. Demnach sprechen der Landschaftsschutz, fehlende unbedenkliche Flächen

für eine Wendeanlage, zu enge, nicht erweiterbare Wohnstraßen und weitere plausible Gründe gegen eine Linienverlängerung in die Schwedenstein-Siedlung. Um zu erfahren, was die Bürger dazu meinen, verteilte die Bürgerinitiative Fragebögen an die Haushalte im betroffenen Wohngebiet und wertete die Antworten aus. Die Beteiligung an der Aktion war mit 40 Prozent der betroffenen Haushalte außerordentlich hoch.

Ablehnung bei Jung und Alt

Mit überwiegender Mehrheit (88 % aller Antworten) abgelehnt werden die Ausbaupläne sowohl von jüngeren wie auch von den älteren Anwohnern. Nur wenige (12 %) befürworten die Ausbaupläne zu Lasten Landschaftsschutz und nur sehr wenige (6 %) gaben an, mit einer besseren Busanbindung auf ihr Auto verzichten zu wollen. Neben der Mehrheit (62 %) der Jüngeren lehnen vor allem Befragte zwischen 30 und 60 Jahren (89 %) eine Verlängerung der Buslinie in die Schwedenstein-Siedlung ab. Noch etwas höher ist die Ablehnung bei den über 60-jährigen (91 %). Dies dürfte den Bezirksausschuss und besonders Dr. Georg Kronawitter überraschen, der bisher stets behauptet hat, dass besonders die Älteren am dringendsten eine Busverbindung brauchen.

Bürgerbeteiligung gegen Politikverdrossenheit

Die Bürgerinitiative sieht die Befragung als Teil echter Bürgerbeteiligung und um endlich Klarheit zu schaffen. Die Ergebnisse der Befragung, der unüberhörbare Ruf der Anwohner nach Landschaftsschutz und die Kritik an der mangelhaften Transparenz und Kommunikation des Bezirksausschusses müssen nun in der Kommunalpolitik wahrgenommen, respektiert und in den weiteren Planungen und Entscheidungen berücksichtigt werden. „Bürgerbeteiligung ist kein lästiges Übel, sondern die preiswerteste Beratung, die sich Stadträte und Stadtteilgremien wünschen können.“ Werden aber diese Ergebnisse von Parteien und Kommunalpolitikern abgewertet oder missachtet, wäre dies ein herber Schlag gegen Bürgerinteressen und gegen das demokratische Verständnis der Bevölkerung“, so die Bürgerinitiative. Deshalb könnte diese Befragung auch als ein Modell für mehr Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger an der Entwicklung ihres Stadtbezirks dienen und der zunehmenden Politikverdrossenheit entgegenwirken.

Anlage: Grafik

Weitere Informationen unter www.fauststrasse90.de.

und

Bürgerinitiative Fauststrasse90
Co: Horst Münzinger,
Tel.: 089 439 12 66 und +49 176 44 64 64 98